

Bezugspreis
monatlich 4000.—
in der Reichsmark 4100.—
in den Auslandsmark 4200.—
durch Zeitungsorten 4300.—
am Postamt 4500.—
im Ausland 6000.— poln. W. in
deutscher Währung nach Kurs.

Verleger:
2273. 3119.

Verlag: Tagesblatt Posen.

Postkonten für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postkonten für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Petition, Anfechtung oder Auslieferung hat der Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Erscheint
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 120.— M.
Reklameteil 360.— M.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Für Anstalt: Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— v. M.
aus Deutschland: in deutscher Währung nach Kurs.

Der Kampf gegen das Kabinett Sikorski.

Die Presse der Rechten zieht ihre Angriffe auf den Ministerpräsidenten Sikorski und seine Mitarbeiter im Kabinett fort. Der „Kurjer Pows.“ blickt im Leitartikel auf seine Nr. 38 (Sonntag, den 17. Februar) die Zusammenfassung des Kabinetts, unter dessen Mitgliedern nur zwei über dem Durchschnitt stehende Persönlichkeiten seien (nämlich Sikorski selbst und M. Grabski), die aber schlecht mit einander harmonieren, und fährt dann fort:

„General Sikorski hat seine Herrschaft über Polen mit großer Sicherheit seiner selbst angeteilt. Er wird sich wohl nun davon überzeugen haben, daß es doch nicht so leicht und einfach ist. Zunächst sind da die Schwierigkeiten mit den Sejmparteien, dann mit den Faktoren, die alle Regierungsinstitutionen besetzt haben und übermächtigen Einfluß haben. General Sikorski hat keine harmonische Mehrheit, die sich auf ein positives Programm stützt. Die Parteien und Gruppen, die ihn unterstützen, haben gerade nur das eine gemeinsam — den Haß gegen die „Nationaldemokratie“ und die „Chjena“. Sonst aber können sie bei der ersten besten Gelegenheit nach allen vier Himmelsrichtungen auseinanderfliegen. General Sikorski will sie zusammenhalten. Deshalb muß er ständig Zugeständnisse machen und unaufhörlich händeln, bei denen er mit dem Interesse Polens zahlt. General Sikorski wollte das Aussehen eines unparteiischen „nationalen“ Ministerpräsidenten haben. Er hat sich aber nicht nur gleich durch seine erste Rede von der Rechten getrennt; er beweist auch dadurch sein ganzes Vorgehen, daß er nicht die Möglichkeit und die Freiheit hat, unparteiisch und unabhängig vorzugehen. Die Verbeibehaltung des Ministers Grabski, das Verbleiben des Ministerpräsidenten, die Unterstützung des durch die Gerichte desabinierten Anstalts, die Ernennung des Genossen Grabski zum Kommissar zur Befähigung der Regierung — das alles beweist, daß General Sikorski nicht frei ist, daß ihm die Hände gebunden sind und daß er immer mehr als ein Mann erkennbar werden wird, der zu der Gruppe gehört, die schon seit vier Jahren in Polen — zum Schaden Polens herrscht. Die Regierung des Generals Sikorski birgt eine unheilbare Krankheit in ihrem eigenen Schoß und wird an ihr zugrunde gehen. Dieser letzte Versuch der Gruppe, die die Herrschaft im Lande an sich gerissen hat, um die Macht zu behalten, muß mit einem Mißerfolg enden, ja, vielleicht noch schlimmer als das — mit einer Katastrophe. Der Dollar reicht schon an 50 000 M. heran. Das ist kein Zufall, sondern eine Notwendigkeit, die sich daraus ergibt, daß die gegenwärtige Regierung weder im Ausland noch im Inland Vertrauen besitzt. Zu den auf den Sturz der Mark einwirkenden Faktoren (Gelddruck usw.) gesellen sich subjektive, psychische Faktoren hinzu, die verschlechtern den Stand unserer Finanzen immer mehr. Gemäß den Rufen beginnen einzuschlagen, daß sie sich für ein gefährliches Abenteuer haben verpflichten lassen, als sie für eine Regierung, unter der sich der Dollar um 20 000 M. gehoben hat, die Verantwortung übernehmen. Die Öffentlichkeit ist sich noch nicht genügend klar über den schnellen Fortschritt in der Zerrüttung der Finanzen und anderer Gebiete des Staatslebens. Wenn sie es aber einsehen wird, dann wird es um die Parteien, die die jetzige Regierung unterstützen und erhalten, schlimm bestellt sein.“

Aus den oben erwähnten Gründen ist die Bildung einer festen, parlamentarischen Regierung jetzt aktuell. Gleich nach Beendigung der Aussprache über die Proklamierung des Generals Sikorski haben wir erklärt, daß in Wirklichkeit die Ministerkrise schon begonnen habe. Wir bleiben weiter dabei, ja, wir sagen noch mehr — die Krise verläuft sich von Tag zu Tag. Das wissen alle politischen Kreise in Warschau. Das Kennzeichen dafür sind die sich immer wiederholenden Gerüchte von einer Annäherung des A. A. Witos an die Rechte. Beide Seiten betreiben es rundweg, aber die Gerüchte erhalten sich weiter aufrecht.“

Aus der Futtnähe dieser Gerüchte zieht der „Kurjer“ den Schluß, daß „die Zeit schon gekommen ist, sich nach einem Nachfolger für General Sikorski umzusehen.“

Der S'aa'spräsident und die Armee.

Der Staatspräsident hatte für Sonntag Vertreter des Heeres zu einem Essen eingeladen. U. a. waren anwesend: Ministerpräsident General Sikorski, Generalmarschall Marichall Pizudski, Kriegsminister Sosnkowski, Kommandierender General Rozwadowski, die Divisionsgeneräle Haller, Zeligowski, Kulinski, Kommandierender General Latinski, die Brigadengeneräle Marczewski, Sulimski und Latour. Generalmajor Karuski der Adjutant des Marichalls Pizudski, Kommandierender General, und der Adjutant des Staatspräsidenten, Hauptmann Meyer. Durch Krankheit verhindert war General Sikorski. Die dienstlich verhinderten General Sikorski, General Sikorski. Der Staatspräsident wies in seinem Teilspruch darauf hin, daß das in der Öffentlichkeit hinter der Regierung steht und daß die sichere Gewähr für die Souveränität Polens und für seine Großmachtwärde ein starkes, auf der Höhe seiner Aufgabe stehendes, gehobenes von patriotischem Eifer umhülltes Nationalheer sei. Der Generalmarschall Pizudski hielt nach dem Staatspräsidenten eine Ansprache, in der er betonte, daß das polnische Heer sein Leben mit einem Kampfe umgeben habe und daß die Arbeit an der Verbesserung des Heeres und an seinem Wert und seinem Wert nicht allein vom Heere abhängen sondern auch von der Bevölkerung und der Regelung der Zusammenarbeit aller Staatsinstitutionen mit den Heeresinstitutionen.

Ein unblutiger vierer Zweikampf.

Der „Kurjer Pows.“ meldet von einem Duell zwischen dem General Haller und dem Major Roszkowski, das einen unblutigen Ausgang nahm und mit einer Verurteilung der beiden Duellanten endete. Die Forderung ergab sich wegen des Vorfalls vor dem Jagungsdienst am Tage der Einmündung des Staatspräsidenten.

Verhaftung eines Kommunisten.

In Posen wurde am Montag der Kommunist Stanislaw Wójcik, auch als bekannt unter dem Namen Stanislaw Wójcik, verhaftet. Er steht im Verdacht, für Sowjetrußland Spionage getrieben zu haben.

Polen und Litauen.

General Sikorski hat einem Mitarbeiter der Polnischen Telegraphen-Agentur folgende Erklärungen über die Besetzung der neutralen Zone abgegeben.

„Im Zusammenhang mit der Annahme Memels durch Litauen und der Teilung der neutralen Zone, die Polen und Litauen von einander trennt, hat eine polenfeindliche Aktion ihr Haupt erheben und mir, Polen Kriegsbefürworter vor. Die Hauptschmiede dieser Aktion ist, wie immer, Rom. Die Entscheidung des Völkerbundes wird ungerecht genannt und die Besetzung des Polen-territories des neutralen Zones eine Gewalttat, die einen Konflikt herbeiführen könne, der mit ernstlichen kriegerischen Verwicklungen im Osten drohe. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders: Es muß festgestellt werden, daß wir die Teilung der neutralen Zone seit 1920 erwartet haben. Die neutrale Zone war vom Völkerbund als vorläufiges Mittel eingerichtet worden, um Kämpfe zwischen litauischen Truppen und den Abteilungen des General Zeigowski zu verhindern. Diese Entscheidung und die Aufhebung der Teilung war Rom-Litauen seit langem bekannt. Heute entzieht es sich also zu spät der Anerkennung der Kompetenz des Völkerbundes über die Aufhebung der neutralen Zone und die Einführung einer Demarkationslinie. Von einer Ungerechtigkeit könnte doch nur Polen sprechen; denn es ist erwiesen und vom Völkerbundskommissar Saura anerkannt worden, daß Polen durch die Entscheidung vom 3. Februar nicht nur territorial, sondern auch hinsichtlich der Nationalität geschädigt worden ist. Der Völkerbund hat zwei Drittel der neutralen Zone Litauen zuerkannt, und dabei ist dieses Gebiet von 11 000 Polen und 7000 Litauern bewohnt. So steht denn auch die polnische Regierung mit ihrem Völkerbundsdelegierten auf dem Standpunkt des Völkerbundsbeschlusses, der einer Entscheidung über die territorialen Rechte der einen und der anderen Seite nicht vorgeht. Wir werden zur gegebenen Zeit unsere berechtigten Forderungen stellen. Die Entscheidung, die die polnische und die litauische Verwaltung von einander trennt, hat zum Beispiel die Gemeinden Szynowitz und Gedrojce mit bedeutender polnischer Mehrheit den Litauern nur deshalb zuerkannt, weil sie im Besitz aus Rom abgegangener Bänder war. Die Liquidierung der neutralen Zone, in der nicht das Recht herrschte, sondern ein milder Zustand, war unumgänglich notwendig. Das Vordringen unserer Verwaltung und unserer Sicherheitsbehörden bis zur Demarkationslinie ist eine einfache Notwendigkeit, ein elementarer Beweis der Achtung seiner selbst und seiner Rechte. Die gegenwärtige Lage gestaltet es, die Verantwortung für die Störung des Friedens genau festzulegen. Polen hat das Gebiet in Besitz genommen, dessen Verwaltung man ihm übertragen hat. Zur Besetzung ist ausschließlich Polizei und Grenzwehr benutzt worden, und kein Militär. Es ist klar, daß nur Polen jetzt überfallen werden kann. Die Verantwortung lastet lediglich auf dem Überfallenden. Rom-Litauen, das den Raubüberfall auf Memel verübt hat und in Ostschafien, die Polen zuerkannt worden sind, bewaffneten Widerstand organisiert, bedroht gegenwärtig Europa mit der Gefahr eines neuen Krieges. Die Wahrung Polens, die bis zu den äußersten Grenzen gerückt ist, wird als Imperialisismus hingenommen. Ich glaube nicht, daß diese Drohungen in der wirklichen Konstellation der Dinge etwas ändern können. Die Lage ist, daß Polen jeden Verlust Litauens, den Brand zu entfachen, in sehr kurzer Zeit völlig niederzwingen kann. Es wäre sehr erwünscht, wenn man sich allgemein darüber klar sein würde.“

Die litauische Regierung wünscht Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichtshofes.

Die litauische Regierung hat an den Völkerbund, zu Händen des Generalsekretärs des Völkerbundes, Drumond, folgende Note gerichtet.

„Herr Generalsekretär! In Übereinstimmung mit der vom Vertreter Litauens, Sidlauskas, in der Sitzung des Völkerbundesrates vom 3. d. Mts. in der Frage der neutralen Zone abgegebenen Erklärung hat die Regierung der litauischen Republik die Ehre, dem Völkerbund zur Kenntnis zu geben, daß sie die Änderungen, die der Völkerbund im Ratbeschluss für jene Zone vorzieht, nicht anerkennen kann. Die Motive der litauischen Regierung sind bereits im Brief Nr. 9281 vom 8. April 1922 dargelegt worden, der an den Vorsitzenden des Völkerbundes adressiert war. Die litauische Regierung ist überzeugt, daß nur dadurch, daß

die litauischen Gebiete in die durch den Vertrag von Suwalki festgelegte Rechtslage zurückversetzt werden die Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen herbeigeführt werden kann, und zwar mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Schaffung der neutralen Zone eine Folge des Bruchs des Suwalki-Abkommens und des vom General Zeigowski durchgeführten Aktes war. Da der Völkerbundsrat über die Teilung der neutralen Zone und die Schaffung der Demarkationslinie niemals die Darlegungen der litauischen und der polnischen Regierung auf dem vom Völkerbundsrat vorgesehenen Wege angehört hat, betrachtet die litauische Regierung sowohl den am 3. d. Mts. über die Teilung der neutralen Zone gefassten Beschluss als auch die Interpretation des Vorstehenden des Völkerbundsrates bezüglich der Durchführung des Beschlusses als dem Völkerbundsvertrag zuwiderlaufend. Aus diesen Gründen bittet die litauische Regierung den Völkerbundsrat, dem Ständigen Internationalen Gerichtshof Schiedsgerichtshof folgende Fragen zur Lösung vorzulegen:

1. Kann der Völkerbund unter Erwägung der in unserer langen Betrachtung berücksichtigten Argumente auf Grund des Falles irgend welche Weisungen geben, und wenn ja, ob der Wortlaut der gegenwärtigen Anwendung über die Teilung der neutralen Zone im Einklang mit dem Fall steht.
2. Könnte der Völkerbund einer Seite das Recht der Durchführung des formellen Auftrages des Rates einräumen, während sich die andere Seite diesem widersetzt?

Die litauische Regierung behält sich das Recht vor, dem Ständigen Internationalen Gerichtshof Aufklärungen zu geben, die ihre Haltung betreffen.

Der Ministerpräsident und Außenminister.
(—) Galmanauskas.

Kämpfe in der neutralen Zone.

Die Dienstreue des „Dziennik Wschodni“ meldet, daß die polnischen Truppen unter dem Druck von litauischen Streitkräften die Ostschafien verlassen mußten. Auf litauischer Seite nahmen an dem Kampf reguläre Truppen teil. Ein litauischer Angriff auf Szynowitz wurde abgewiesen. Der italienische Attaché Zolbi hat erklärt, daß sich die Unruhen herausfordern und Veranlassung zu Interventionen geben. Der Chef der englischen Mission, General Canton de Bant, war zusammen mit einem französischen Major und zwei polnischen Offizieren Zeuge der Besetzung des Dorfes Wojnowo. Auch Zolbi haben die polnischen Truppen verlassen müssen. In anderen Abschnitten soll Ruhe herrschen. Im Njemenbezirk und im Bezirk Troki haben die Polen alle Ortschaften in Besitz genommen, die der Völkerbundsrat Polen zuerkannt hat.

Die Besetzung des Polen-territories des neutralen Zones.

ist nach einer Meldung von Montagabend beendet. Im besetzten Gebiet herrscht Ruhe. In einigen Ortschaften wurden die polnischen Abteilungen lebhaft begrüßt.

Der litauische Widerstand.

Der Starost von Wilna-Troki, Grabowski, hat einem Mitarbeiter der Polnischen Telegraphen-Agentur einige Informationen über die Besetzung des polnischen Teiles der neutralen Zone erteilt. Der ganze südliche Abschnitt des Polen-territories des neutralen Zones von Dymirowski bis zum linken Ufer der Wileja ist am Sonnabend im Besitz der polnischen Aufklärungsabteilungen gewesen. Der nördliche Abschnitt wurde am Sonnabend früh ohne Hindernisse besetzt. Die polnische Bevölkerung verhielt sich entgegenkommend. Nur litauische Freischärler und eine bedeutende Anzahl von verkleideten litauischen Soldaten des 6., 8. und 12. Regiments leisteten Widerstand. Sie veranlaßten das Bahnhofsgebäude in Oskieniki und sprengten die Brücken über die Flüsse Merezanka und Sieglia. Im Dorfe Szynowitz wurden die polnischen Abteilungen von den Litauern mit sieben Maschinengewehren beschossen. Der Vertreter des Kreises Wilna-Troki, Lufajewicz hat in den eingenommenen Ortschaften Schulen besetzt und Polizeiposten verteilt.

Die Entscheidung über Memel.

Frankreich befürchtet eine Stärkung des deutschen Einflusses.

Die für Litauen günstige Entscheidung über das Memeler Gebiet wird von den französischen Kreise mit Unbehagen aufgenommen. Der „Temps“ veröffentlicht einen Angriff des emigrierten Litauers aus Wilna, der „Victoire“ ordert die Abweisung einer Oberkommissare nach dem Memeler Gebiet, da die dort bekanntem Willkür in Rom-Litauen gegenüber den Rechten aus Berlin der deutsche Einfluß über Memel die Oberhand zu führen beginnen würde.

Eine litauische Parade in Memel.

Die „Danziger Zeitung“ meldet aus Königsberg: Anlässlich des litauischen Unabhängigkeitstages fand in Memel eine Parade statt, an der drei Bataillone Infanterie und ein Bataillon Kavallerie teilnahmen. Die Parade wurde von dem neuen Kommandanten in Memel, dem Litauer Simonowitsch, abgeordnet. Nachher wurde ein Empfang beim litauischen Gouverneur, an dem auch General Berzinski teilnahm. Die deutsche Presse, die sich als gelassen war, hatte eine Teilnahme mit Rücksicht auf die immer noch bestehende Unklarheit der freien Meinungsäußerung abgelehnt, ebenso waren die Gewerkschaften nicht vertreten.

Neue Alarmmeldungen.

Der „Kurjer Pows.“ erhält einen Bericht der „Gazeta“ aus Berlin, wonach litauische bewaffnete Bänder von neuem die Brücke in Memel besetzt hätten. Der Völkerbundsrat soll deshalb sich mit der Absicht tragen, die ganze Memeler Frage einer Revision zu unterziehen. Eine Neuermeldung bestätigt diese Nachricht, fügt jedoch hinzu, daß die litauische Regierung für diese neue Komplikation nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Die polnische Regierung zur Memeler Frage.

Die P. A. L. hat von Seiten der Regierung zu der Entscheidung der Völkerbundskonferenz über Memel folgende Erklärung erhalten: „Die von der Regierung offiziell mitgeteilte Entscheidung des Völkerbundsrates vom 17. d. Mts. überträgt Litauen die Souveränität über das Memeler Gebiet, wobei dieses Gebiet auf dem Wege des Statuts, das von den Mächten unter Teilnahme Memels und Litauens, und unter Berücksichtigung der Meinung Polens bearbeitet werden soll, die Autonomie erhalten soll. Zugleich wird die sprachliche und nationale Gleichberechtigung aller Bürger in zivilen Angelegenheiten garantiert. Die Entscheidung sichert zugleich den freien Transit zum Meer durch das Gebiet von Memel für die interessierten Staaten Polen und Litauen und sieht in Memel die Schaffung eines Hafen-Aussichtsrates vor, an dem Polen und Litauen beteiligt sein sollen.“

Wie aus der Entscheidung hervorgeht, macht der Völkerbundsrat die genannten Bestimmungen abhängig davon, daß die litauische Regierung annimmt, nachdem sie vorher auf Grund einer Verständigung zwischen Polen und Litauen, also unter Teilnahme Polens festgesetzt sind. Es muß deshalb festgestellt werden, daß die Zuerkennung der Souveränität über Memel an Litauen von der Kommoer Regierung eine vollkommene Änderung ihrer bisherigen politischen Linie in eine Politik der Verständigung und Vernunft erfordert. Unter diesen Bedingungen wird die Regierung nicht aufhören, auf die alliierten Mächte mit Nachdruck einzuwirken, um sie über den tatsächlichen Stand der Dinge in Memel aufzuklären. Sie ist überzeugt, daß ihre Forderungen und Ansichten um so mehr Berücksichtigung finden werden, als die Ereignisse den Standpunkt der Regierung, den sie schon vor Wochen eingenommen hat, vollkommen rechtfertigen. Damals schon hat die Regierung es für angebracht erachtet, die Hauptmächte darauf aufmerksam zu machen, daß die Memeler Angelegenheit und die Frage der neu-

tralen Zone, ferner die Anerkennung der Zugehörigkeit Wilnas zu Polen durch Litauen, die Festsetzung der polnisch-litauischen Grenze, die die Linie Grodno-Wilna sichert, und endlich die Annahme der Bestimmungen des Versailler Vertrages über den Nijemen durch die Kommer Regierung verbunden behandelt werden müssen, da das eine Bedingung sine qua non für den Frieden in Osteuropa sei."

Die Memeler Frage im polnischen Senat.

In der Freitagssitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat Außenminister Skrzyski über die Memeler Angelegenheit und über die Frage der neutralen Zone Bericht erstattet. Der Außenminister betonte dabei, daß bei der Regelung der Memeler Frage die Interessen Polens durch die Hauptmächte nicht vernachlässigt werden, auf daß der Frieden in Europa nicht bedroht werde.

Senator Bartoszewicz wies darauf hin, daß in nächster Zeit alle Fragen geregelt werden müssen, die zwischen den beiden Nachbarstaaten Polen und Litauen freitrag sind. Dazu gehört zunächst die Schifffahrt auf dem Nijemen, die Nutzung des Memeler Hafens und der Schutz der polnischen Minderheit in Litauen. Weitere Redner forderten genaue Berichte über den tatsächlichen Stand der Dinge in Memel und in der neutralen Zone, worauf der Außenminister erklärte, daß die Kommission die entsprechende Erklärung vom polnischen Delegierten beim Völkerbunde erhalten könne. Die Kommission beschloß, Herrn Skrzyski für eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Republik Polen.

Umtauschung des schlesischen Wojewoden.

Am Montag wurde der neue schlesische Wojewode, Antoni Schulin, in sein Amt eingeführt. Am Sonntagabend des schlesischen Sejm wurde er vom Wojewode von Zamosc im Namen der Sejmiker in der schlesischen Wojewode schied begrüßt. Der Wojewode dankte und hob unter anderem mit Nachdruck hervor, daß er zu keiner Partei gehöre, bei seinen Amtsgeschäften stets unparteiisch sein und nur das Staatsinteresse im Auge haben werde. Heute, am Dienstag, stellt sich der Wojewode dem Sejm vor. Am Mittwoch wird er Vertreter von Behörden und Institutionen empfangen.

Gombenanschlag auf einen jüdischen Abgeordneten.

Ein Pariser Sondertelegramm des "Diennik Bogn" meldet: In Posen wurde von unbekannter Hand eine Dynamitbombe in das Haus geworfen, in dem der jüdische Sejmabgeordnete Dr. Weinzierler wohnt. Die Bombe führte eine sehr starke Explosion aus und zerstörte Türen, Fußböden und Treppen. In dem ganzen Haus wurden die Fenster zertrümmert. Zum Glück befand sich kein Mensch in der Nähe, und die Wohnung des Abg. Weinzierler war leer. Vor dem Hause wurde eine Polizeiwache aufgestellt, da infolge der Zerstörung der Türen das Haus nicht verschlossen werden kann.

Die Warschauer Krankenkassenwahlen.

Hatten folgende Ergebnisse: a) Arbeitnehmerwahlen: Für Liste 8 (nationale Liste) wurden 793 gültige Stimmen abgegeben für Liste 2 (P. P. S.) — 7203 Stimmen. Für Liste 3 (Polak Sion) 401, für Liste 4 (Bund) — 18.0, für Liste 5 (kommunisten) — 647, für Liste 6 (N. P. R.) — 508, für Liste 7 (Parteilose) — 608 gültige Stimmen. Von den 12 Arbeitnehmermitgliedern des Vorstandes werden also 4 Mitglieder von Liste 8, 4 von Liste 2, 3 von Liste 5 und 1 Mitglied von Liste 4 sein. b) Arbeitgeberwahlen: Für Liste 3 (Nationalgruppen) wurden 4617 Stimmen abgegeben, für Liste 2 (jüdische Handwerker) — 783, für Liste 5 (P. P. S.) — 756 Stimmen. Von den 12 Arbeitgebermitgliedern des Vorstandes entfallen also 5 auf die Nationalgruppen, während für das 6. Mandat die Listen 2 und 5 den besten Anspruch haben. Die Wahlbeteiligung war sehr gering. Sie betrug durchschnittlich 22,5 v. H.

Die Bevölkerung Brombergs.

schickte sich nach Angaben des Bromberger Statistischen Amtes am 31. Dezember zusammen aus 77.631 Polen, 1.147 Deutschen, 790 Juden und 537 Personen anderer Nationalitäten. Im ganzen wird Bromberg gegenwärtig von 93.045 Menschen bewohnt (das Militär nicht mit eingerechnet).

Vertagung der Helsingforsker Wirtschaftskonferenz.

Die auf den 2. März nach Helsingfors einberufene Wirtschaftskonferenz der Baltischen Staaten und Polens ist aus technischen Gründen vertagt worden.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Die offiziellen Pariser Mitteilungen über den Streik der Grubenarbeiter behaupten, daß der Streik nicht allgemein sei. In den Bezirken des Loire-Departements hätten 75 Prozent der Arbeiter die Arbeit niedergelegt, in den anderen Grubenbezirken seien es höchstens 20 Prozent. Die „Humanität“ rechnet dagegen aus, daß 200.000 Grubenarbeiter streiken.

Unveränderte Lage an der Ruhr.

Die Verkehrsfrage.

Wie gemeldet ist die Verkehrsfrage im allgemeinen unverändert, ebenso die Blockade. Die Lebensmittelzufuhr ist unbehindert. Die Kohlenzüge nach Italien und der Schweiz werden durchgelassen, wenn italienisches oder Schweizer Personal vorhanden ist. Mit einem großen Truppenaufmarsch haben die Franzosen heute den Bahnhof Derdest-Dorsten besetzt. Damit kontrollieren sie die Abfuhr der bisher noch reichlich abgegangenen Güter.

200.000 Liter Spiritus beschlagnahmt.

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß auf Befehl der Okkupationsbehörden die staatlichen Spirituslager mit 200.000 Litern denaturiertem Spiritus beschlagnahmt worden sind.

Bisher 18 Millionen Mk. Zölle beschlagnahmt.

Die französischen Zollbeamten haben im besetzten Gebiet bisher 18 Millionen Mark an Zöllen eingenommen.

Neue Todesopfer.

Auf der Bochumer, der deutsch-luxemburgischen Grenzstation und Hütten- und Bergbau-Gesellschaft gehörigen Zeche „Prinzregent“ erschienen, nach einer Meldung des „B. Z.“, fünf Franzosen, um sich zu nehmen. Sie behaupten einen Wagen, der aber von der Bergbau-Gesellschaft nicht herausgelassen wurde. Die Bergleute verhinderten die Ausfahrt, indem sie das Tor des Bergwerks schlossen. Die Franzosen entfernten sich, kehrten aber bald mit Verstärkung zurück und schossen blindlings durch das geschlossene Tor. Dabei wurde ein fünfzigjähriger Arbeiter namens Sieghart so schwer verletzt, daß er kurz nach Einlieferung in das Krankenhaus gestorben ist. Der Arbeiter Schütz erhielt einen Streifschuss am Hals. Der Marienthor-Vergewaltiger, der die Schiffe zum Fahren nicht herausgeben konnte, weil er sie nicht besaß, wurde festgenommen. Ein anderer alter Mann wurde mit Kolbenstößen aus der Marktentrennung herausgeholt. Die Klappen der Marktentrennung wurden von den Franzosen mit Pistolen zerstört.

Verurteilung einer Frau zu Gefängnis.

In Düren im Rheinland wurde, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, die erste deutsche Frau, eine Witwe Belger, zu einem Monat Gefängnis und 500 O Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie einem französischen Postrittern einen ansehnlichen Posten, das Quartier verweigerte. Der würde sie gefesselt und Ausweisung ertragen, sagte sie schlicht vor Gericht, als daß sie ihrer Vaterlandsliebe entgegenhandelte.

„Ritterlichkeit“ der französischen Offiziere.

Die Franzosen drangen wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, in die Wohnung des Direktors Dr. Goldschmidt von der Gemischten Arbeit Goldschmidt in Essen mitten in der Nacht ein, trieben ihn und seine Frau aus den Betten und nahmen das Schlafzimmer des Ehepaares in Besitz. Dr. Goldschmidt selbst wurde verhaftet und an einen unbekannten Ort gebracht.

Ein französischer Offizier erschossen.

In Essen wurde ein französischer Offizier von einem Schupo-Beamten, der von dem Franzosen sichtlich angegriffen worden war, erschossen. Es gelang dem Schupo-Beamten, sich der Gefährdung zu entziehen.

Schwere Enttäuschung Millerands.

Poincaré steht die Doffentlichkeit. In der Pariser Wochenschrift „Le Progrès Civique“ findet sich eine Darstellung der innerpolitischen Lage Frankreichs. In der kritischen Phase der Ruhrbesetzung steht Poincaré sich einer Opposition gegenüber, während er vom Präsidenten der Republik gedeckt wird. Millerand gebe allerdings seinen Vertrauten zu verstehen, daß er die Unternehmung anders eingeleitet haben würde. Der Präsident der Republik sei schwer enttäuscht. Er habe auf eine schnelle Kapitulation Deutschlands gerechnet und bemerke nun zu seiner Enttäuschung, daß die Deutschen entschlossen seien, dem französischen Willen einen Widerstand zu bereiten, der viel Geld kosten werde und nichts dazu beitragen könnte, die Sympathien der Welt für Frankreich zu gewinnen. Poincaré selbst sei weniger überrascht. Er habe seinen Freunden erklärt, daß er dies vorausgesehen habe, daß er aber zu der Expedition gezwungen worden sei. (natürlich) vom „Comité des forces“, dessen Marionette er ist. D. Neb.) und nun nicht mehr zurück könne. Seine Unruhe zeigt sich in dem Bemühen, möglichst wenig in der Öffentlichkeit zu erscheinen. (Besonders die englische Unterhändler und die Neben Bonar Rams und Lord Curzon haben jedenfalls bemerkt, daß Poincaré das Licht des Tages scheut, um seine Schwächen zu verbergen, daß seine Unaufrichtigkeit entdekt und festgelegt wurde. D. Neb.)

Ismet Paschas Friedenswille.

Reuter meldet aus Konstantinopel: Ismet Pascha hatte eine Unterredung mit General Harrington, die eine Stunde dauerte. Ismet Pascha soll sich sehr entschieden zugunsten eines Friedensschlusses mit England ausgesprochen haben.

Reaktion Mussolinis.

Mussolini hielt im Senat eine Rede über auswärtige Politik, deren wichtigster Abschnitt folgendermaßen lautet: Wenn wir keine Kohlen brauchen, wenn wir auf irgendeine Art die Frage der Kohlen gelöst hätten, und wenn wir über große Mengen Gold zur Stärkung unserer Valuta verfügten, dann hätten wir eine bestimmte Politik verfolgen können, sogar eine Politik des Edelmut gegen Deutschland, ja großen Edelmut gegen Deutschland, aber wir können uns nicht den Luxus der Verschwendung und des Edelmut gestatten, wenn wir uns kaum am Leben erhalten können, und wenn wir alle unsere Energie sammeln müssen, um nicht in den Abgrund zu stürzen.

Sie werden also zugeben, daß Italien seine wirtschaftliche und technische Teilnahme an der Ruhraktion nicht verweigern konnte. Es ist nach meiner Ansicht besser, immer zugeben zu sein, da bisweilen vermeintliche Fragen unvorhergesehene Lösungen finden, und man dürfte sich nicht in die Gefahr begeben, in einem Falle nicht zugeben zu sein, der alles andere als unwahrscheinlich ist, nämlich im Falle eines Abkommens zwischen Frankreich und Deutschland auf dem wirtschaftlichen Gebiet des Eisens und der Kohle. (Beifall.)

Die verminderte Sicherheit Italiens.

Bei der Erörterung des Washingtoner Abrüstungsabkommens im Senat gab der Marineminister eine interessante Erklärung ab. „So paradox es klingt“, sagte er, „so ist Italiens Sicherheit zur See trotz des Sieges verschlechtert worden. Vor dem Kriege waren wir, ob Feinde oder Alliierte der Zentralmächte, doch sicher, nur im Osten oder Westen kämpfen zu müssen. Heute besteht diese Sicherheit nicht mehr. Daher besteht für uns die Notwendigkeit einer Stärkung mindestens gleich der Frankreichs, wie wir sie in Washington erwirkt haben.“ — Wie man sieht, ist sich Italien über die Weltlage und die Gefahren, die in ihr liegen, vollkommen klar. Das französisch-südslawische Weltabkommen richtet seine Spitze direkt gegen Italien, das auf diese Weise in die Range genommen wird. In dem Artikel des „Bos. Tagebl.“, überschrieben „Die geheimen Pläne Frankreichs“, ist auf diesen für Italien bedrohlichen Charakter des französischen Imperialismus hingewiesen worden. Die Red.

Die Eröffnung der deutschen Ostmesse in Königsberg.

Der Union meldet aus Königsberg: Am Sonntag wurde hier unter starkem Andrang des einlaufenden Publikums die deutsche Ostmesse eröffnet. Für den ersten Tag gibt das Reichamt folgenden Bericht heraus: Die veränderte wirtschaftliche Situation, in der die erste der großen deutschen Messen, die Königsberger Frühjahrsmesse, eröffnet wird, die sich infolge des Steigens der Marktlage, hatte auf die Messe keinen Einfluß. Die Hallen sind bis auf den letzten Stand belegt. Aussteller aus dem Westen hatten es sich trotz mancherlei Schwierigkeiten nicht nehmen lassen, den Königsberger Ostmarkt mit ihren Gütern zu besetzen. Auch die große Verbosität, die in den letzten Wochen in wilden Gerüchten sich Luft machte, beeinflusst den Besuch der Messe von jenseits der Ostgrenze nicht. Bemerkenswert ist, daß eine Reihe von Interessenten, die sich aus Berlin angemeldet hatten, nicht erschienen war. Aber der Zug der Kaufleute aus Litauen und Lettland ist erfreulich stark, nach dem ersten Eindruck stärker als auf der letzten Herbstmesse. Die ungelagerte wirtschaftliche Lage verursacht einen sehr starken Zustrom von Einkäufern aus der Provinz. Russland hat diesmal nichts von Ausstellern beigesteuert, hat jedoch eine Reihe von Ankäufen für die Frühjahrsmesse angeordnet. Die russische Handelsvertretung hat ihre Auskunftsstelle eröffnet. Die Annahme, daß infolge der ungelagerten Devisenlage der Eröffnungstag keine Abschlüsse bringen würde, trifft für eine Reihe von Branchen nicht zu. Selbstverständlich bieten die ersten Stunden einer Orientierung, und Käufer wie Verkäufer nahmen zuerst eine abwartende Haltung ein, aber sogar die engere Fühlungnahme führte in wichtigen Branchen des Osthandels schon zu erheblichen Abschlüssen. Dabei macht sich die gestiegene Welle der Stimmung durch die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Provinz Ostpreußen erheblich fühlbar. So waren die Geschäfte in der Textilbranche, namentlich in Woll- und Baumwollwaren, schon erheblich. Auch in Haus- und Küchenwaren fanden lebhaft Abschlüsse statt. Steigendes Interesse zeigte sich für Chemikalien, besonders Farben. Im Maschinenhandel und überall dort, wo es sich um Abschlüsse mit großen Ziffern handelt, wurde noch keine Klärung erreicht, doch wird die Börse der nächsten Tage entscheidend werden.

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck unterliegt.)

Die Sennerinnen begannen laut aufzuschreien; namentlich Neel, die anscheinend eine tiefere Reizung mit dem Weiter verband, gebärdete sich wie wahnsinnig vor Schmerz.

Da klopfte es auf einmal an die Hüttenür und auf Fernleitners „Hörlein“ betrat in sichtlich erregter Bewegung Vogelreuther das Gehäus.

„Du hast einen meiner Männer gefährlich verletzt“, rief der Eintretende schon von der Tür her, Du mußt augenblicklich fliehen; ich garantiere sonst für nichts!“

Erstarrt trat ihm Fernleitner einige Schritte entgegen.

„So!“ rief er erregt, „ich muß fliehen?“

„Ich sehe keinen anderen Ausweg“, entschuldigte sich Vogelreuther. „Meine Arbeiter sind dermaßen aufgebracht, daß sie imstande sind, Dir die Hütte zu stürmen, wenn Du Dich nicht rechtzeitig aus dem Staube machst!“

„Sie sollen nur kommen!“ entgegnete Fernleitner drohend.

„Ich schicke sie rücksichtslos wie die Haren nieder, wenn sie es wagen, mir zu nahe zu kommen, dieses rohe Gesindel, das wehrlose Mädchen belästigt und halbe Knaben mit dem Messer niedersticht!“ Und in fliegenden Worten erzählte er dem Bauherrn die Begebenheit.

Vogelreuther runzelte die Stirn. „Wenn sich die Sache so verhält, dann liegen die Dinge ja wesentlich anders. Aber es wird schwer halten, die Arbeiter von der Wichtigkeit deiner Darstellung zu überzeugen.“

„Ich denke, wenn sie von dem Opfer hören, das die rachsüchtige Tat ihres Genossen gefordert hat, dann werden sie

ja wohl vernünftig werden.“ entgegnete Fernleitner scharf. „Und irrt sich die Aufklärung nicht, dann gibt es ja noch Mittel, die Horde mit Gewalt zur Vernunft zu bringen, denn so weit ist es schließlich noch nicht, daß wir uns von diesen Leuten terrorisieren lassen müssen.“

Ein heftiges Stöhnen vom Krankenzimmer her ließ Fernleitner abbrechen. Vorsicht beugte er sich über die Lippen des Bewunderten, die sich zuckend bewegten, als wollten sie noch irgend in lahe Mitteilungen machen; aber der Sterbende hatte nicht mehr die Kraft, seinen Worten Gehör zu verschaffen.

„Es geht zu Ende“, flüsterte die Ärtin, die sich um ihn mühte. Seine Augen weineten sich trampfhaft, der Körper verzuckte verzuckte sich aufrichtig, dann ging ein heftiges Zucken durch die Glieder, sie streckten sich und lagen wieder still.

„Es ist vorüber“, flüsterte die Ärtin und schloß dem Toten die starren Augen.

Die Sennerinnen beugten sich laut aufschreiend über die Leiche, Fernleitner und Ruth standen tief ergriffen abseits, und selbst dem Munde Vogelreuthers entstrangen sich die Worte: „Mein Gott, das ist ja furchtbar!“

Einige Sekunden herrschte feierliche Stille im Gemach, als wollte man die Ruhe des Toten nicht stören.

Endlich brach Vogelreuther das Schweigen. „Ich will nun verziehen, meine Leute zu beruhigen!“ vorprach er. „Ich werde auch um ein paar Schornstein telephonieren, damit wir auf alle Fälle einen sicheren Schutz haben. Aber ich bitte, ich beschwöre Euch, reißt mir die Wunden nicht noch mehr; sonst kann es wirklich eine Katastrophe geben!“

Hastig empfahl er sich und schritt den Weg nach dem Bauplatz zurück.

Unterwegs begegnete er Loisl mit dem Rotzbauern, die sich auf halbem Wege zufällig begegnet waren; und Loisl hatte auch mutig bereits Beruhigung in die aufgeregte Arbeiter-

char getragen, indem er den beionnenen Elementen unter ihnen den wahren Sachverhalt erzählte und die Rohheit des Angreifers gebührend gebrandmarkt hatte.

Der besorgte Vater rannte in jähem Eilen dem Knechte voraus die Anhöhe hinauf. Fernleitner ging ihm entgegen, um ihn ein wenig vorzubereiten. Aber der Rotzbauer, durch Loisls Bericht auf das Schlimmste gefaßt, las bereits in den Augen des Dichters die gähnende Wahrheit und trat hart und ungebeugt an die Leiche des Sohnes.

Es war nicht allzuweit unter den Männern des Dorfes, sich Gefühle irgend welcher Art anmerken zu lassen, und so konnte auch niemand aus dem Verhalten des Bauern auf die Tatsache schließen, daß dieser hier an der Leiche seines einzigen Sohnes stand, den er noch diesen Mittag frisch und blühend gesehen hatte. Stark, kalt und starr blieb sein Gesicht, selbst unbewegt so daß aus Fernleitners Herzen fast alles Mitleid schwand und er sich nicht vertragen konnte, die Worte zu sprechen: „Seht Ihr nun ein, Rotzbauer, daß durch das Hotel auch Unheil in Eure Gemeinde gekommen ist?“

Ein großer harter Blick des Bauern traf den Sprecher. „Ein Unglück ist geschehen, gegen das man machtlos ist!“ erwiderte der alte Mann, und seine Züge versteinten sich noch mehr.

„Und man muß so etwas wohl in den Kauf nehmen gegenüber dem Leben, den man später hat.“

In Fernleitner empörte sich alles gegen diese echt bäuerliche Denkwiese, und er war versucht, eine scharfe Antwort zu geben, um die Herzlosigkeit des Rotzbauern gebührend zu kennzeichnen. Dann aber sagte er sich, daß doch jedes Wort vergebens war und daß stärkere Ereignisse kommen müßten, um den harten Sinn der Dörfler zu wandeln, und wortlos gab er Loisl einen Wink, die Bahre zu richten, auf welcher der Rotzbauer seinen toten Sohn zu Tale brachte.

(Fortsetzung folgt.)

